

Die Bezirksleitung Sachsen zur Pleite der Polizeiaktion

Von der Bezirksleitung der SPD wird uns geschrieben: Das Polizeibüro hat erneut einen Bericht über das Ergebnis der Polizeiaktion gegen die SPD herausgegeben. Dieser neue Polizeibericht unterscheidet sich schon wesentlich von dem ersten Bericht des Präsidiums. Während im ersten Bericht davon gesprochen worden war, daß die Polizeiaktion im Zusammenhang mit dem Verstoß in Wendischcarlsdorf stand, heißt es diesmal nur noch, daß es sich um die angebliche Fortführung des ASB und um hochverräterische Treiberbetriebe handelt.

Die Bezirksleitung der SPD hat sofort nach dem ersten Polizeibericht auf scharfe Gegenreaktion protestiert, daß im Polizeibericht die Aktion gegen die SPD mit kriminellen Verbrechen in Verbindung gebracht worden war. Das Polizeipräsidium Dresden weist jetzt keine Verächtlichkeit nicht mehr auszusprechen, nachdem ein Teil des im SPD-Büro beschlagnahmten Materials bereits wieder freigegeben worden wurde, womit die Unrechtmäßigkeit der Beschlagnahme erwiesen ist, wird jetzt schon nichts mehr von „belehrendem“, sondern von „außerordentlich umfangreichem“ Material erzählt. Dieses umfangreiche, auf dem SPD-Büro beschlagnahmte Material besteht nur noch in dem beschlagnahmten Besetzungsinventar, durch dessen Fortnahme sozialistisch die

Organisationsfähigkeit der SPD behindert wird, einige alten Ablegeplatten von Betriebszeitungen und den beschlagnahmten alten Besetzungsinventaren, in die sich das Polizeipräsidium jetzt vergräbt, um „hochverräterische“ Unterschreibungen zu entdecken.

Im Polizeibericht wird dann von aufgefundenen illegalen Festzügen und Zeitungen gesprochen. Die SD der SPD erklärt ausdrücklich, daß es sich bei den vorgefundenen Betriebszeitungen um um periodisch erscheinende, also keiner Genehmigung unterliegende Druckschriften handelt, die überdies größtenteils aus der Zeit vor dem Erscheinen einer Kommandoordnung über die Pressefreiheit stammen. Auch der im Polizeibericht angegebene geheimnisvolle „Sonderprekursor“ ist nichts anderes als eine vollkommen legale Materialsammlung, die periodisch von der Bezirksleitung an die Organisationsstellen der Partei gegeben wurde.

So bleibt zum Schluß von dem vielen „belehrenden“ Material gegen die SPD rein gar nichts übrig. Nachdem sich das leninistisch aufgemachte Waffenslager als ein mühselig zusammengelastetes Sammelverbum von „angehörigen Schlägerinstrumenten“, einigen Theaterriquetten, die als Sahel angegebend wurden, einem alten Trommelrequisit, einer Spongenpilule und einer Schredschulppilule entpuppt hat, das in allen möglichen Schreberarbeiten und Gerichten zusammengeführt wurde, nachdem die Polizei von dem Verstoß nichts mehr zu wiederholen mag, nachdem das beschlagnahmte Material teilweise freigegeben werden mußte, hält jetzt die Polizei nur noch triumphal den Schein aufrecht, als ob sie wirklich etwas gefunden hätte.

Wenn schon gegen die Zeitungen von einem mageren Ergebnis der Aktion sprechen, so erklären wir ganz offen:

Das Ergebnis der Aktion ist eine einzige Blamage. Die Polizei hat bei ihrer Aktion wohllos eine Anzahl Arbeiter, die teilweise nicht einmal der SPD angehören, verhaftet. Einige der Verhafteten wurden bereits freigelassen werden — bei den übrigen will man es scheinbar doch noch mit Hochverrat verhandeln. Aber auch in Bezug auf diese Verhafteten erklärt die SD der SPD, soweit sie etwas von diesen Dingen versteht, kann in dieser Beziehung die Blamage der Polizei nicht ausbleiben.

Zur Kennzeichnung der Blamagen, vollkommen zusammengebrochenen Aktion der Dresdener Polizei waren diese Ergänzungen zum Polizeibericht erforderlich.

Bezirksleitung Sachsen der SPD.

Brotpreis in Berlin wieder gestiegen!

Der Preis des Brotes ist in Berlin von 47 auf 48 Pfennig ab sofort erhöht worden.

Begründet wird das mit einem Anzeigen der Wehlpreise. Die Großhändler teilen weiter mit, daß auch in Zukunft der Preis sich nach den Wehlpreisen richten wird, da mit deren Anzeigen zu rechnen ist, wird so auf eine weitere Verteuerung des Brotes vorbereitet.

Entlassungen in Zigarettenindustrie?

(Arbeiterkorrespondenz 1684)

In der Zigarettenfabrik Grotling sollen große Entlassungen, vorwiegend Arbeiterinnen, vorgenommen werden. Jetzt schon erfolgen täglich fünf Entlassungen, und in wenigen Wochen soll die Hälfte der Kolleginnen heraus sein. Der reformistische Betriebsrat unternimmt nichts. Es wird höchste Zeit, daß die Kolleginnen und Kollegen selbst den Kampf aufnehmen unter Führung der KGD.

(Arbeiterkorrespondenz 1685)

Weshalb fand im Volkshaus eine Versammlung der Zigarettenarbeiterinnen von Jasmohl statt, die sich empört gegen die beschlossene Entlassung von 150 Arbeiterinnen wandte. Der reformistische Bunde Domenez wußte nichts weiter als neue Verhandlungen vorzuschlagen. Er verlor das entscheidende Votum des geschlossenen Kampfes dadurch zu umgehen, daß er über Wiederentlassungen in der Handlung sprach. So wird ein Betrieb gegen den anderen ausgespielt. Die Ursache der Entlassungen ist die Aufstellung neuer Packmaschinen. An den Maschinen wird Doppelschicht gemacht, während die übrigen Kolleginnen ausliegen müssen.

Die Zigarettenarbeiterinnen und -arbeiter müssen gegen die neuen Maschinenentlassungen sofort den Kampf für folgende Forderungen aufnehmen:

- Keine Entlassung darf vorgenommen werden.
- Verfängerung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich, damit alle Arbeiterinnen weiter beschäftigt werden können.
- Wählt sofort einen vorbereitenden Kampfausschuss und rüht zum Streik für die Verwirklichung unserer Forderungen!

Stillelegung im RWB Dresden?

Telesion meldet:

Dresden, 24. August. Die Lokomotivwerkstatt beim Reichsbahnausbesserungswerk in Dresden-Friedrichstadt, die seit 1891 besteht, wird am 1. Oktober stillgelegt. Die Lokomotiven werden dann hauptsächlich in dem Reichsbahnausbesserungswerk in Chemnitz überholt.

So soll an den Ausbesserungen auf Kosten der Arbeiter gespart werden bei der Reichsbahn. Die Folge wird steigende

Einzelheiten der neuen Notverordnung

Bürgersteuer, Lohn- und Gehaltsabbau „ohne Befragung der parlamentarischen Körperschaften“

Die Volkszeitung von heute schreibt ganz unverblümt:

„Die neue Verordnung, die am Mittwoch oder Donnerstag veröffentlicht werden wird, bringt die Ermächtigung für die Länderregierungen und Gemeindevorstellungen, selbständig

Gehaltskürzungen bei Beamten und bei den in den Behörden auf Privatdienstvertrag Beschäftigten ausstellen vorzunehmen. Bisher waren die Regierungen bzw. die Gemeindevorstellungen durch ihre parlamentarischen Körperschaften an der selbständigen Veranlassung derartiger Kürzungen gehindert. Da die neue Verordnung ausdrücklich die Ermächtigung bringt, vom geltenden Landesrecht abzuweichen, so wird diese parlamentarische Bindung für die Länderregierungen und die Gemeindevorstellungen förmlich wegfallen.“

... wird darauf verwiesen, daß Länder und Gemeinden noch einen gewissen Spielraum in der Benutzung ihrer selbständigen Einnahmen haben, so zum Beispiel die Gemeinden in der Bürgersteuer

und in anderen variablen kommunalen Steuern, die in manchen Städten nur zum Teil ausgenutzt sind. Der Hauptzweck der neuen Verordnung liegt also darin, den Länderregierungen und Gemeindevorstellungen die Möglichkeit zu geben, ohne Befragung ihrer parlamentarischen Körperschaften

den vom Reich verlangten Abbau der Gehälter vorzunehmen.

Dazu teilt der Demokratische Zeitungsdienst folgende Einzelheiten mit:

„Nach den Feststellungen des Reichspräsidenten werden an dem größten Ausgabepunkt der Länder, dem für den Schulwesen, die finanziell höchsten Einsparungen durchgeführt werden.“

Also, neue Erhöhung der Regerversteuer (Kürzungen) von Lohn- und Gehaltskürzungen, weitere Herabsetzungen der Gehälter, Lehrentlassungen, Zulammenrücken der Arbeiter in niedrigen Schulstufen! Die Minister und Oberbürgermeister der betroffenen Städte haben das Maul zu halten und Mund gar nicht gefasst.

So geht die Durchführung der schändlichen Erbschaft in Deutschland Brünning-Schied-Scheringers und die Vertiefung der Volksmassen weiter vor sich — unterstützt in erster Linie durch die SPD.

Sozialdemokratische Arbeiter, macht Schluß mit der Partei des Volkserntens und ihren rechten und linken Führern! Schließt die rote Einheitsfront! Hinein in die SPD! Diese Organe sind die

Arbeiterstimme und Volkssee!

1 Tag Dresdner Volks(verrats)-Zeitung

Wie das Dresdner SPD-Blatt verrät, lügt, schwindelt

Wer mit sozialdemokratischen Arbeitern Dresdens spricht, kann feststellen, daß ihre Empörung besonders gegen die Volkszeitung immer größer wird. Immer mehr SPD-Arbeiter verstehen und halten dieses volksverräterische Blatt. Mit Recht. Man lese sich z. B. die geistige Nummer dieses Brünning-Dresdens an:

1. Zum Rücktritt Wachenalbs bringt die Volkszeitung ein mögliches Gekommel auslaute: „Es liegt eine tiefe Traurigkeit darin, daß gerade eine Arbeiterregierung den Folgen dieser Wirtschaftskrise so unglücklich fällt.“ Kein Wort über die reaktionäre Politik Wachenalbs über seine sozialreaktionären Absichten, die der unmittelbare Anlaß zum Rücktritt waren, kein Wort des Kommentars dazu, daß er jetzt zusammen mit Waldwin erst recht die Ausbreitung der Massen weiterführt.

2. Dafür heist die Volkszeitung gegen Sowjetrußland. Die Sowjetregierung ist gezwungen, ausländischen Spezialisten, wie z. B. dem Stadtbaurat Wan, höhere Gehälter zu zahlen. Daran macht die Volkszeitung „Bombenwörter für die Oberen“, obwohl sie und jeder genau weiß, daß Wan kein Kommunist ist und daß die Gehälter der Kommunisten in Rußland, ganz gleich, welche Stellung sie bekleiden, genau so hoch sind wie der Lohn eines qualifizierten Arbeiters in der UdSSR.

3. In einem anderen Artikel „befragt“ sich die Volkszeitung heuchlerisch über die Kammergehälter der Generaldirektoren in Deutschland und fragt nach: „Was tut die Reichsregierung?“ Was tut sie? Das zeigen die Kammerordnungen, und im übrigen eckert sich die Brünningregierung der respektvollen Unterstützung und aktiven Förderung ihrer Maßnahmen durch die SPD, durch die erst die Ausbreitung der Massen und der falsche Kurs möglich sind.

4. In einer Notiz über Scheringer erlaubt sich die Volkszeitung die niederträchtige Gemeinheit, zu schreiben: „An unterrichteten Kreisen spricht man davon, daß Scheringer nicht normal (!) ist.“

5. Zum 10ten Male lügt die Volkszeitung, daß jener Anzif, was keineswegs irgendwem bewiesen ist, den Sozialdemokraten

Wortus gestohlet habe und schwindelt wieder, daß Anzif Mitglied der SPD sei.

Das ist ein kleiner Auszug. Dazu kommt die Billigung des Lohnraubes an den Gemeindevorstellungen, Beschlagnahme der Betriebskassen der neuen Hungermaßnahmen gegen die Volksmassen. Oder: zu einer Meldung, daß Deutschland im Jahre 1917 den Frieden durch eine Intervention des Vorkriegs haben können, schreibt die Volkszeitung:

„Es gehört zu den schlimmsten Kriegsverbrechen der Geschichte des alten Deutschlands, daß sie das deutsche Volk verblenden ließen, anstatt durch den Verzicht auf Krieges den ehrenvollen Frieden der Verständigung zu schließen, der möglich gewesen wäre!“

Die Volkszeitung verschweigt auch hier wieder, daß die SPD es war, die das kaiserliche Deutschland dabei fröhlich unterstützt hat.

Das nebenbei sich die Volkszeitung die Fügung der bürgerlichen Presse über Waffenslager der Kommunisten zu eigen macht, versteht sich am Rande.

In keinem Hause von Arbeitern und Werktätigen darf das Brünning-Organ Volkszeitung mehr geduldet werden. Mit nachtätigen Männern und Frauen lesen und abonnieren die

Arbeiterstimme und das Volkssee!

„Volkszeitung“ gegen Straßenbahner

Die Dresdner Volkszeitung hefte geltend gegen die Straßenbahner:

„Von den Kommunisten wurde die Versammlung in dem reinen NSD-Berichtungsgeheimnis. In der nicht wiederzugebenden gemeinen Anstößigkeiten gegen die gesetzlichlichen Organisationen und gegen einzelne Vertreter bewiesen wurde die Belegschaft aufgefordert, in den Streik zu treten. Stadtrat H r u n e r verlor eine Entschädigung, die nicht nur der Streik der Gemeindevorstellungen, sondern den Generalstreik in Deutschland forderte. Aus seinen Ausfahrungen ging hervor, daß man damit rechnen, daß der Streik ein politischer werde, so

Gewerkschaften Raubmagen

Daß es selbst in der jetzigen Wirtschaftskrise noch möglich ist, schnell Gelder für die Partei zu sammeln, hat der Gewerkschafter, Nikolaus-Groß, bewiesen, der in letzter Woche, im Laufe weniger Stunden auf die Belegschaft zur Anschaffung eines neuen Raubmagenrates 10,70 RM zu sammeln. Wer macht noch mehr? Wer sammelt noch mehr?

mit die Deutsche Republik zerbrechen und eine Regierung von Arbeiter und Bauern“ aufgebaut wurde. In demselben Sinne äußerten sich die Betriebsratsmitglieder Höhe und Höhe, die außerdem noch sofort Stimmung gegen einzelne führende Personen machten. Andersdenkende wurden niedergedrückt.“

Die schamlose Hege der Dresdner Volkszeitung gegen die Gemeindevorstellungen, die nicht gemillt sind, sich dem Lohnraub der SPD-Bonzen zu unterwerfen, stellt die Lügen des Raubmagenverbandes aus der Betriebszeit weit in den Schatten.

Es geht um die Verwirklichung des Lohnraubes an den Gemeindevorstellungen von 100 Millionen Mark. Da ist die SPD interessiert, die Gehälter ihrer hohen Bürokratie zu retten, für nou so wie die Bourgeoisie verzieht auch die SPD-Bürokratie ihre hohen Einkommen gegen die Arbeiter. Wenn die Arbeiter „Republik“ sagen, meinen sie ihre Futtertrüpp. Die sozialdemokratischen Arbeiter aber werden sich durch die Hege der Bonzen nicht irren lassen und schütten an Schültern mit den parteilosen und kommunistischen Arbeitern für die Forderung ihres Lohnes kämpfen.

Glänzende Solidarität mit Streikenden

Coswig, den 25. August.

Heute früh sollten 20 Erwerbslose zu dem bestrittenen Streikbau in Coswig vermittelt werden. Die Erwerbslosen nahmen die Arbeit nicht auf und erklärten sich mit den streikenden Teilbauarbeitern solidarisch. Von 8 Erwerbslosen, die bereits gestern vermittelt wurden, waren heute früh 2 Mann ebenfalls die Broden hin.

Jugendkundgebung

zur Vorbereitung des Internationalen Jugendtages am 28. August im großen Saal des Zoo. Dasselbst Einmarsch der Sportlerjugend. Es sprechen: A. Becker, Vorsitzender des KJVD, Duddins, M. d. L., Selbmann, M. d. L. Mitwirkende: Rote Raketen und Blaue Blusen. Alle Jungsportler beteiligen sich an dieser Kundgebung! Eintritt: für Jugendliche und Erwerbslose 20 Pf., für Vollarbeiter 40 Pf.

Bremer SPD-Blatt 6 Wochen verboten

Berliner Betriebe begrüßen das Wiedererschienen der „Roten Fahne“

Bremen, 24. Aug. (Eig. Meldung.)

Die Bremer Arbeiterzeitung, unser Bruderorgan, ist vom Bremer SPD-Koalitionsrat auf die Dauer von 6 Wochen verboten worden. Das Verbot ist unterzeichnet vom sozialdemokratischen Senator Kleinmann und vom volksparteilichen Senator Wierheiligen.

Berlin, 25. Aug. (Eig. Meldung.)

Zum Wiedererschienen der Roten Fahne nach 14tägigem

Verbot lief eine große Anzahl von Beirathungsgliedern der Berliner Betriebe ein. U. a. haben folgende Betriebsräte Grüße geschickt: UEG Kabelwerk, UEG Turbinen, Siemens-Werke, Werner, Siemens Kabelwerk, UEG, Sprigun, Kaufhaus des Wahrens.

Die Antwort der Dresdner und ostfälischen Kommissare und Vertretigen auf das Verbot der Bremer Arbeiterzeitung ist die verstärkte Werbung für die Arbeiterstimme und die 13. September wöchentlich einmal erscheinende Volkssee.